

# „Wir wollen nicht tatenlos zusehen“

## Gemeinde Weingarten soll sich gegen Freihandelsabkommen positionieren

**Weingarten (ml).** Auf eine Initiative der WBB, allen voran Gemeinderat Werner Burst, haben Gemeinderäte aus den Fraktionen der WBB, der SPD, der Grünen Liste und Klaus Holzmüller einen interfraktionellen Antrag eingebracht mit dem Ziel, die Gemeinde Weingarten solle ihre ablehnende Haltung zum „Freihandelsabkommen“ gegenüber der Landes- und Bundesregierung deutlich machen. Grundlage war ein gemeinsames Positionspapier, das der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag, der Deutsche Städte- und Gemeindeverband sowie der Verband kommunaler Unternehmen verfasst haben.

Die Autoren unterstützen „das mit den Abkommen verfolgte Ziel, durch den Abbau von Handelshemmnissen und die Verbesserung der Investitionsbedingungen die Schaffung von Arbeitsplätzen zu befördern“. Sie fordern aber, dass „Be-

eintrachtigungen der Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, die durch die Kommunen und ihre Unternehmen verantwortet und erbracht werden, ausgeschlossen werden“. „Wir wollen uns wehren und uns nicht von unseren Enkeln eines Tages sagen lassen, wir hätten

---

### Interfraktioneller Antrag im Gemeinderat

---

tatenlos zusehen“, sagte Werner Burst. Gerhard Fritscher (CDU) bekundete, seine Fraktion habe diesen Antrag nicht unterschrieben, denn erstens habe der Gemeinderat andere Aufgaben und zweitens setze die CDU Vertrauen in ihre gewählten Abgeordneten. Das solle nicht bedeuten, dass sie diesen Antrag ablehnen. Nur das Freihandelsabkom-

men generell ablehnen werde sie nicht. Er würde das Thema im Verwaltungsausschuss behandeln.

Bürgermeister Eric Bänziger schlug vor, im Verwaltungsausschuss einen Beschlussvorschlag zu formulieren, unter dem sich der gesamte Gemeinderat wiederfinde. Monika Lauber (Grüne) und Wolfgang Wehowsky (SPD) dagegen stellten den weitergehenden Antrag, keine Sachdiskussion zu führen, sondern dem gemeinsamen Positionspapier des Städtetages zuzustimmen. „Niemand kann sich mit allen Details dieses Abkommens auseinandersetzen und alles verstehen, darum sind wir froh, dass diese Institutionen eine Resolution verfasst haben, der wir uns anschließen können“, begründeten sie ihre Meinung.

Daraufhin wurde der interfraktionelle Antrag mit der Gegenstimme von Carolin Holzmüller (FDP) angenommen.